

## **»Misstraut euren Führern, auch mir!« Der Wahlrechtskampf mit Rosa Luxemburg ab 1910 in Bremen**

Von Jörg Wollenberg

Am 6. April 1910 betrat Rosa Luxemburg um 20 Uhr in Begleitung des Chefredakteurs der »Bremer Bürgerzeitung« (BBZ) Alfred Henke und des Bremer SPD-Parteisekretärs Wilhelm Pieck das Casino in Bremen. Im damals größten Bremer Versammlungslokal Auf den Häfen Nr. 6 sprach sie vor rund 4.000 Menschen über den »Wahlrechtskampf und seine Lehren«.

In den Jahren zuvor hatte Rosa Luxemburg auf Kundgebungen gegen das Wettrüsten im Januar 1900 vor der »Stärkung des Militarismus« gewarnt und zu Protestkundgebungen gegen die koloniale Unterwerfung aufgerufen. Auf den SPD-Parteitag von 1900 in Mainz und 1901 in Lübeck plädierte sie dafür, mit der Verweigerung der Zustimmung zum Budget der bürgerlichen Regierungen den »Völkerfrieden« zu retten. Im Hercules Velodrom von Nürnberg trug sie auf dem Parteitag vom September 1908 in Zusammenarbeit mit Clara Zetkin und Heinrich Brandler dazu bei, »die Förderung der Bildungsbestrebungen der jugendlichen Arbeiter« mit »Leitsätzen im Sinne unserer sozialistischen Weltanschauung für den Klassenkampf« abzusichern. »Der Lebensnerv unserer Aufklärung ist und bleibt ein Kampf bis aufs Messer gegen das heutige System des Militarismus ... Herein mit dem Letzten in unsere Organisation und der Militarismus wird aufhören, über den Volksrechten zu stehen!« So ihr Abschlussappell vom 22. März 1914 auf einer Volksversammlung in Nürnberg.<sup>1</sup>

Als langjähriges Mitglied der SPD und faszinierende Rednerin reiste Rosa Luxemburg »den ganzen April hindurch durch Deutschland« – vom 3. bis 17. April 1910 von Liegnitz über Breslau, Berlin, Bremen, Kiel, Kamen, Dortmund, Essen, Remscheid, Düsseldorf, Solingen, Barmen, Elberfeld bis nach Frankfurt und Hanau – mit Reden zum allgemeinen und gleichen Wahlrecht. »Überall finde ich unbedingte und begeisterte Zustimmung der Genossen«, schrieb sie am 13. April 1910 an Luise Kautsky.<sup>2</sup>

So auch in Bremen. Dort hatte die Polizeidirektion nach den Protestde-

1 Rosa Luxemburg am 1. März 1912 in Bremen in ihrer Rede zum Wahlsieg der SPD bei den Reichstagswahlen am 12. Januar 1912 nach einem Bericht der Bremer Bürger-Zeitung, Nr. 53 vom 2. März 1912, nachgedruckt in Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke (GW), Band 3, Berlin 1973, S. 124–133. Ihr Appell vom 22. März 1914 in GW, Band 7/2, Berlin 2017, S. 842.

2 Und bat Clara Zetkin am 14. April 1910: »Gib Mimi (Katz von Rosa L.) tausend Küsse und sei selbst geküsst von Deiner R.L.«. Rosa Luxemburg, Gesammelte Briefe, Band 3, Berlin 1982, S. 138.

monstrationen Ende März und am 6. April 1910 eine Versammlung unter freiem Himmel verboten. Nicht weit vom Veranstaltungsort entfernt standen in der Rathaushalle gegen 20 Uhr 5 Kommissare, 7 Wachtmeister und 105 Schutzleute zum »Einsatz bereit«. Auf ihrem Fußweg vom Hotel Schaper-Siedenburg in der Bahnhofstraße hatte Rosa Luxemburg auf einer Anschlagssäule die Warnung der Polizei vor ihrem Auftritt in Bremen erblickt. »Was bedeutet denn dieser Anschlag der Bremer Polizeidirektion?«, fragte sie die Teilnehmer und antwortete selbst: »Es ist ein Wink mit dem Zaunpfahl an die Arbeiterschaft: Ihr habt euch anzuschließen mit aller Kraft an den preußischen Wahlrechtskampf (gegen das Dreiklassenwahlrecht)! Dort sind unsere Feinde, hier unsere Freunde vereinigt. Es ist wahrhaftig ein sehr hübsches Vorspiel zu dem von Ihnen begonnenen Kampf zur Erringung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für die Bürgerschaft.«<sup>3</sup>

Trotzdem wurde diese Kampfgemeinschaft durch Richtungskämpfe gefährdet. Und das auch nach den Reichstagswahlen vom 12. Januar 1912. Die Sozialdemokraten konnten die Zahl ihrer Mandate von 43 auf 110 erhöhen und wurden damit die stärkste Fraktion im Reichstag. Auch der Bremer Wahlkreis wurde damals von Alfred Henke für die Sozialdemokratie erobert. »Mit einem herrlichen Gefühl kommen wir heute zusammen«. So Rosa Luxemburg zu Beginn ihrer Rede am 1. März 1912 in Bremen. Aber »der Sozialdemokratie ist die Zeit nicht gegeben, auch nur wenige Stunden auf ihren Lorbeeren auszuruhen« – wegen der zunehmenden »Gefahr des Weltkrieges« (Marokko-Affaire) und der Verschärfung der Klassengegensätze durch die Ausbeutung der kapitalistischen Gesellschaft und den ewigen Drohungen von Massenaussperrungen. Trotz aller Erfolge »im Zeichen der Weltgeschichte«, so ihre Mahnung in Bremen, warnte sie vor dem Hintergrund neuer Konflikte vor großen Gefahren. Und das angesichts »des gewaltigen Zusammenballens des industriellen Finanzkapitals in Deutschland und der »Katastrophenpraxis des Kapitalismus. Davon bleibt kein Land verschont ... Auf diese Weise kommen wir um die Gefahr eines Weltkrieges früher oder später nicht herum.« Und sie fügte hinzu: »In Russland und China siegt die Revolution, während wir uns in Deutschland um den revolutionären Gang der Geschichte herumzanken«<sup>4</sup>. In diesen Krisenzeiten finden Wahlabsprachen mit bürgerlichen Parteien statt, um »ein Mandat für uns bei den Stichwahlen zu retten«, so Rosa Luxemburg in Bremen. »Die große Masse hat nichts davon erfahren, was ich in schärfster Weise kritisieren möchte ... Wir sollen den Wahlkampf dämpfen ... Seit die deutsche Sozialdemokratie besteht, haben wir eine solche Politik nicht betrieben«.<sup>5</sup> Deshalb forderte Rosa Luxemburg in ihrer Bremer Rede von 1912 dazu auf: »Ihr müsst jetzt als Masse auf den Kampfplatz und müsst für das preußische Wahlrecht und für den Achtsturentag auf der Straße kämpfen. Allerdings soll die Masse nicht jeden Freitag und Sonnabend eine Revolution machen (Heiterkeit)...

3 Luxemburg, GW (wie Anm. 1), Bd. 7/2, S. 584–594. Dazu auch Annelies Laschitzka, Im Lebensrausch, trotz alledem Rosa Luxemburg, Berlin 1996, S. 338–340.

4 Luxemburg, GW (wie Anm. 1), Bd. 3, S. 127 ff.

5 Luxemburg, GW (wie Anm. 1), Bd. 3, S. 129–131.



Die Fehler der Führer gutzumachen, dazu ist die Masse der Parteigenossen berufen. Bebel hat auf einem der letzten Parteitage die denkwürdigen Worte gesprochen: »Misstraute euren Führern, auch mir!« Ich mache jetzt Gebrauch von dieser Auffassung».<sup>6</sup>

Die langjährige Kampfgemeinschaft zwischen Rosa Luxemburg und den Bremer Linken in der noch geeinten SPD erreichte einen ihrer Höhepunkte mit dieser Rede zu den Massenstreikaktionen und Protestdemonstrationen während der Reichstags-Wahlrechtsdebatten von 1910 und 1912. Reden, die die Bremer Sozialdemokraten im Casino zu Begeisterungsstürmen hinrissen. Zu diesem Zeitpunkt kam es in nicht wenigen Städten zu großen Protestdemonstrationen gegen den Parteivorstand. Dieser hatte sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften schon Anfang März 1910 darauf verständigt, zu keinen Massenstreiks gegen die Aussperrungspraxis der Kapitalfraktion wegen der schlechten Lage der Industrie und des Mitgliederchwunds in den Gewerkschaften aufzurufen. Rosa Luxemburg protestierte dagegen im September 1910 vergeblich auf dem Magdeburger Parteitag und polemisierte gegen ihren einstigen Förderer und Cheftheoretiker der Partei, Karl Kautsky. In diesen Fragen fand sie immer wieder Unterstützung aus den Reihen der Sozialdemokraten in Bremen.

#### *»Blinder Eifer« – Der Fall Radek 1912*

Aber es kam auch in Bremen zu unterschiedlichen Auffassungen über die von den Bremer Linken um die Anhänger von Alfred Henke in der BBZ und dem Flügel der »Arbeiterpolitik« von Johann Knief postulierte organisatorische Selbständigkeit gegenüber dem von ihnen bis 1917 dominierten örtlichen Parteizentrum der Sozialdemokratie. Darüber hinaus eskalierte hier der von Rosa Luxemburg initiierte Konflikt um die Mitarbeit von Karl Radek in der »Bremer Bürger-Zeitung« und in der Leipziger Volkszeitung. Radek war einer der zentralen Figuren im Bündnis der Bremer Linken. Aber er war auch ein »Intimfeind« von Rosa Luxemburg seit ihren gemeinsamen Jahren im Hauptvorstand der polnischen Sozialdemokratie (SDKP). Dieser Vorstand hatte Radek 1912 beschuldigt, Gewerkschaftsgelder veruntreut zu haben. Nach dem Ausschluss aus der SDKPiL war Radek als Bremer Sozialdemokrat Mitglied der deutschen SPD geworden.

Am 15. September 1912 erschien im Zentralorgan der SPD »Vorwärts« ein mit »Blinder Eifer« überschriebener Beitrag von Rosa Luxemburg zum Fall Radek. Die Bremer Bürger-Zeitung hatte die Veröffentlichung abgelehnt und so die Zusammenarbeit mit Rosa Luxemburg dauerhaft gefährdet. In dem handschriftlichen Brief vom 15. September an den Chefredakteur Alfred Henke verweigerte sich Rosa Luxemburg, »in der Bremer Bürger-Zeitung

6 Luxemburg, GW (wie Anm. 1), Bd. 3, S. 132–33. Bebel auf dem Parteitag in Magdeburg 1910 wörtlich: »Demokratisches Mißtrauen und nochmals demokratisches Mißtrauen gegen alle ohne Ausnahmen, auch gegen mich. Seht den Führern auf die Finger, seht auch Euren Redakteuren auf die Finger.« (Protokoll Parteitag Mannheim, Berlin 1910, S. 253)

gegen Kautsky zu polemisieren«, weil »Ihr Blatt seit Monaten nicht mich persönlich, sondern die polnische Sozialdemokratie in unerhörter Weise beschimpft... bloß unter Einflüsterungen dieses Individuums.« Und sie fuhr fort: »Sie (Alfred Henke) haben, der Sie als ein Pfeiler des »Radikalismus« in Deutschland gelten wollen, leitende polnische Genossen in Ihrem Blatt beschimpft, die ihren Radikalismus noch anders als Sie, nämlich zwischen Gefängnis, Zuchthaus und ständigem Hungern, seit Jahrzehnten betätigen, vor denen ein Mann wie Sie guttun würde, respektvoll den Hut zu ziehen... Sie haben das Ansehen des Bremer Blattes und der Bremer Organisation auf das schwerste geschädigt, und das alles, um ein Individuum zu retten, das für Sie offenbar zum Inbegriff des Radikalismus geworden ist«. Gemeint ist Karl Radek, geboren 1883 in Galizien und 1939 Opfer des Stalin-Terrors in Moskau. Als Mitarbeiter der BBZ und Mitglied der Bremer Sozialdemokratie wurde er ein Anhänger der »Zimmerwalder Linken« und ab 1917 – als Vertreter von Lenin in Deutschland – Mitglied des ZK der KP Rußlands. Radek hatte in Polen als Mitglied der von Rosa Luxemburg mitgegründeten polnischen Sozialdemokratie (SDKP) gegen Rosa Luxemburg, aber mit Unterstützung von Lenin für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und damit für die staatliche Autonomie Polens plädiert und den Führungsstil von Rosa Luxemburg und Leo Jogiches in ihren polnischen Jahren kritisiert. Das führte auch auf den internationalen Sozialistenkongressen seit 1893 zu unüberbrückbaren Streitigkeiten und Feindseligkeiten. Rosa Luxemburg beendete den Brief an Henke folgendermaßen: »Solange solche Zustände (einer Cliquenwirtschaft) in der Bremer Bürger-Zeitung herrschen, kann von meiner Mitarbeiterschaft in diesem Blatt keine Rede sein.«<sup>7</sup> Radek war »wegen unmoralischen Verhaltens« im August 1912 aus der SDKPiL (Gruppe Luxemburg) ausgeschlossen worden.

*Bremen als »Pfeiler des Radikalismus in Deutschland«:*

*»Ganz Deutschland sieht auf uns. Ganz Europa sieht auf uns!«*

Beeinflusst von den radikalen Sozialisten entwickelten die Bremer eine auf praktische Wirkung fokussierte Politik, die sich neben dem Goethebund-Streit (1905) und der Protestbewegung gegen die Entlassung von vier sozialdemokratischen Lehrern aus dem Schuldienst (1906) vor allem in der Unterstützung des Werftarbeiterstreiks von 1913 und in einer Straßendemonstration gegen den Krieg im August 1914 niederschlug.<sup>8</sup> In der inner-

7 Rosa Luxemburg, Gesammelte Briefe, Bd. 4, Berlin 1983, S. 257f. Originalhandschrift im Archiv von Jörg Wollenberg aus dem Nachlass von Adolf Dannat. Zum Fall Radek siehe Luxemburg, GW (wie Anm. 1), Bd. 3, S. 173–176; Bd. 7/2, S. 771–774; Bremer Bürger-Zeitung (BBZ) vom 3. 9. 1913 und Vorwärts, 31. 8. 1913; Laschitzka (wie Anm. 3), S. 408–410.

8 Roland, Zeitschrift für freiheitliche Erziehung, Bremen, Aufhänger zum 1. Jahrgang 1905/06. Dazu Hinrich Wulf, Geschichte und Gesicht der Bremischen Lehrerschaft, Bremen 1950, Bd. I, S. 434–456 und 513–517: Zum »Bremer Schulradikalismus« mit überregionaler und internationaler »Kulturkampf-Stimmung, die man nicht »verkleistern kann« (Holzmeier im November 1905).



parteilichen Debatte zwischen Revisionisten, Zentrum und Linken fanden sie sich auf der Seite der Letzteren. Der antikapitalistische »Ermattungsstrategie« von Karl Kautsky stellte Anton Pannekoek in einer Artikelserie für »Die Neue Zeit« und die BBZ das Konzept des politischen Massenstreiks entgegen.<sup>9</sup> Spätestens der Krieg, so hoffte er, werde – gestützt auf die Stimmung der Bremer Werftarbeiter – für die Bremer Arbeiterschaft das Signal zur revolutionären Erhebung sein<sup>10</sup>. Nicht nur für Rosa Luxemburg galt Bremen deshalb schon in der Vorkriegszeit als »Pfeiler des Radikalismus in Deutschland«.<sup>11</sup>

Anton Pannekoek hatte in seinen Bremer Jahren von 1905 bis 1914 als theoretischer Kopf und ab 1910 als erster hauptamtlicher Weiterbildungslehrer in Bremen die Massenstreik-Diskussion innerhalb der SPD – in kritischer Auseinandersetzung mit Rosa Luxemburg und Karl Kautsky – mit seiner Theorie der revolutionären Massen in einem von Spontaneitäts-Prämissen geprägten Organisationsverständnis weiter entwickelt. Er maß dabei dem subjektiven Faktor eine größere Bedeutung zu und wurde deshalb von Karl Kautsky des »Radikalismus« und der »syndikalistischen Verirrung« verdächtigt.<sup>12</sup> Auch Lenin polemisierte in seiner Schrift »Über den linken Radikalismus. Die Kinderkrankheiten im Kommunismus« gegen Karl Horner, dem Pseudonym von Pannekoek.

Am 24. Juni 1916 hatte die Bremer »Arbeiterpolitik« mit einem Grundsatzartikel die neue »Epoche der Arbeiterpolitik« eingeläutet:

»Die deutsche Sozialdemokratie ist nicht mehr. Am 4. August 1914 trat sie von ihrer historischen Rolle als Vorhut des proletarischen Befreiungskampfes zurück. Aber es war keine Katastrophe, mit der dieser Rücktritt erfolgte, sondern es war das natürliche Ende einer politischen Bewegung, deren Untergang längst vorbereitet war. Als historische Klassenkampfpartei hatte sie ihre historische Laufbahn begonnen... Ihr Werk endete mit der Solidaritätserklärung zwischen den offiziellen Führern der Partei und den Trägern der staatlichen Macht; es endete mit dem Sieg des Burgfriedens über den Klassenkampf, der Bürokratie über die Demokratie, des Sozialpatriotismus und Sozialimperialismus über den Sozialismus, des Nationalismus über den Internationalismus«.<sup>13</sup>

Bewusst knüpfte die Bremer Wochenschrift in diesem ersten Grundsatzartikel an die Polemik von Rosa Luxemburg gegen Karl Kautsky an, mit der sie am 15. April 1915 ihren Beitrag in der ersten Nummer der Zeitschrift

9 Anton Pannekoek, Massenaktion und Revolution, in: Die Neue Zeit, 1912, Bd. 2, 30. Jg., S. 541 ff., 585 ff., 609 ff.; vgl. auch BBZ vom 3. 4., 9. 5., 2. 8., 27. 8., 2. 9. 1913.

10 So auf einer Mitgliederversammlung der Bremer SPD am 26. 11. 1911 (BBZ, 22. und 27. 9. 1911).

11 Vgl. Brief vom 15. 11. 1912 an Alfred Henke, in: Rosa Luxemburg, Briefe, Bd. 4, 3. überarb. Auflage Berlin 2001, S. 258.

12 Karl Kautsky, Der jüngste Radikalismus, in: Die Neue Zeit, 31. Jg. 1913, Bd. 1, S. 436 ff.

13 Arbeiterpolitik – Wochenzeitschrift für den wissenschaftlichen Sozialismus, 1. Jg., Nr. 1, S. 1. Knief unterschrieb häufig seine Artikel mit dem Pseudonymen Peter Unruh oder Alfred Nussbaum.

»Die Internationale« eröffnet hatte: »Am 4. August 1914 hat die deutsche Sozialdemokratie politisch abgedankt, und gleichzeitig ist die sozialistische Internationale zusammen gebrochen.«<sup>14</sup> Schon am 17. April und 15. August 1915 hatte Johann Knief in Schreiben an Rudolf Franz die Übereinstimmung mit Rosa Luxemburg herausgestrichen. Aber er ging noch einen Schritt weiter: Die »schneidige Kritik« von Clara Zetkin und Rosa Luxemburg in der »Internationale« zeige ihm: »Es geht nicht mehr mit den ›Führern‹. Nur noch gegen sie kommen wir weiter! Die Taktik der Phrase ist bankrott, und ihre Trümmer rauchen vom Blute der Millionen Arbeiter, die ihrem Schein trauten... Jetzt kommt die Taktik der Tat.« Und die zwingt zur Beachtung der Gewerkschaftsfrage, denn diese seien einerseits »der Herd des Organisationsfimmels der deutschen Arbeiter«, aber zugleich auch die Organisationen, in denen die neue Taktik zuerst zum Durchbruch kommen müsse.

Damit sind die Probleme benannt, die bis zur Beurteilung der russischen und deutschen Revolution bei aller prinzipiellen Übereinstimmung gelegentlich Anlass zu unterschiedlichen Einschätzungen der politischen Lage zwischen Rosa Luxemburg und der Bremer Linken gaben. Im Zorn auf die Bürokraten in Partei und Gewerkschaften erfuhren sie in Bremen eine weitere Zuspitzung, weil diese »Instanzen« immer wieder zum »blödsinnigen Betonen des Nationalen« neigten. Eine Hervorhebung, die im »Zeitalter des Imperialismus als reaktionär« einzustufen sei.<sup>15</sup>

Am 11. November 1916 zog die »Arbeiterpolitik« eine erste Bilanz – im zehnten Monat nach der ersten öffentlichen Ablehnung der Kriegskredite durch »die Opposition des Parteizentrums« und sieben Monate nach der Konstituierung zu einer selbständigen Fraktion in Bremen als »Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft« (24. März 1916). Seitdem stellte sich die Frage nach »einer klaren, schlagkräftigen, aktionsfähigen und zum Handeln entschlossenen Partei« und den »Aufgaben eines Jugendorgans« neu.<sup>16</sup>

Unter dem Titel »Ein Schulbeispiel« werden dabei in der Bremer »Wochenschrift für den wissenschaftlichen Sozialismus, Arbeiterpolitik«, die »Parteivorgänge in Bremen« einer genauen Betrachtung unterzogen, weil sie weit über die Grenzen der Stadt hinaus ein Interesse beanspruchten: »In ihnen spiegeln sich die allgemeinen Parteiverhältnisse in allen ihren Abstufungen am getreulichsten wider. Bremen galt seit vielen Jahren als Hochburg des Radikalismus. Hier wirkte Pannekoek als wissenschaftliche Lehrkraft der Partei und Gewerkschaften, während Radek als Hauptmitarbeiter der ›Bremer Bürger-Zeitung‹ deren politische und taktische Haltung festlegte. Hier wurde der Kampf gegen den Revisionismus mit seltener Härte geführt, so dass lange vor dem Kriege die bremische Parteiorganisation in zwei feindliche Lager gespalten war«<sup>17</sup>.

14 Rosa Luxemburg, Der Wiederaufbau der Internationale, in: Luxemburg, GW, Bd. 4, Berlin 1974, S. 20 (–32).

15 Briefe von Knief an Rudolf Franz, zitiert nach Gerhard Engel, Johann Knief – ein unvollendetes Leben, Berlin 2011, S. 224, 226.

16 Arbeiterpolitik, 1. Jg., Nr. 21, 11. 11. 1916, S. 161 ff.

17 Ebd., S. 163f.



*»Erziehung zum systematischen und selbständigen Denken«*

Das waren die Voraussetzungen, die dazu führten, dass »eine radikalere Luft in der Partei zu wehen begann«, wie Heinrich Brandler festhielt, als er 1904 seine Tätigkeit in Bremen als Redakteur der BBZ und als Gewerkschaftssekretär beim Bremer Maurerverband begann<sup>18</sup>. Er gab für die Jugendgruppe der Sozialdemokratie das Verbandsorgan »Junge Garde«<sup>19</sup> heraus. Der Modernisierungsprozess im industriellen Sektor, insbesondere in der Werftindustrie, verstärkte die »Fundamentalpolitisierung« in der Arbeiterbewegung Bremens, deren Gewerkschaftskartell 1904 15.471 Mitglieder nachweisen konnte, von denen lediglich ein Drittel politisch in der Sozialdemokratie organisiert war. Die Bevölkerung wuchs in der Hansestadt von rund 125.000 Einwohnern um 1890 auf 250.000 im Jahre 1910, vor allem durch die Industrialisierung in den Arbeitervorstädten Walle, Gröpelingen und Hastedt<sup>20</sup>. Einen maßgeblichen Einfluss auf die politische Orientierung und auf die Kultur- und Bildungspolitik übte seit der Jahrhundertwende die von den Bremer Linken unter ihren Chefredakteuren Heinrich Schulz und Alfred Henke geprägte »Bremer Bürger-Zeitung« aus – mit ihren mehr als 10.000 Abonnenten bei einer Auflage von 22.500 Exemplaren um 1913. Ihr Redakteur Heinrich Brandler geriet im Zuge der Maiaussperrungen von 1907 mit zahlreichen Bremern in Schwierigkeiten mit der Gewerkschaftsspitze, weil er sich mit Karl Liebknecht für eine Politisierung der Jugendarbeit eingesetzt hatte. Aufgabe sozialistischer Jugenderziehung sei es, so Brandler am 30. Juni 1908 in der Bremer Bürger-Zeitung (BBZ), Jugendliche zu »tüchtigen Klassenkämpfern« zu erziehen.<sup>21</sup> Mit den damaligen Repräsentanten der Bremer Linken in der SPD, Alfred Henke und Wilhelm Pieck, dem Vorsitzenden des Bildungsausschusses der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, wurden Heinrich Brandler und Johann Knief gegen die Vertreter des reformistischen Flügels um Hermann Rhein zu Delegierten auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg (13.–19. 9. 1908) gewählt. Hier wurde über die Autonomie in der Jugendfrage und über die Ausbildungsziele der inzwischen von dem Bremer Heinrich Schulz als Obmann geleiteten SPD-Parteischule in Berlin entschieden. Auch hier folgten sie dem Plädoyer von Rosa Luxemburg gegen Kurt Eisner und Max Maurenbrecher<sup>22</sup>. Und der junge Bremer Lehrer Heinrich Eildermann (Arnulf) hatte für den Nürnberger Parteitag das Lied der Arbeiterjugendbewegung verfasst: »Dem Morgenrot entgegen/ ihr Kampfgenossen all! Vorwärts, du Junge Garde des Proletariats!«<sup>23</sup>

18 Zitiert nach Jens Becker, Heinrich Brandler, Hamburg 2001, S. 28.

19 Vgl. Karl-Heinz Jahnke u. a.; Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung 1904–1945, Berlin 1973, S. 48 ff.

20 Vgl. Karl-Ernst Moring, Die Sozialdemokratische Partei in Bremen 1890–1914, Hannover 1968, S. 221; Erhard Lucas, Die Sozialdemokratie in Bremen während des Ersten Weltkrieges, Bremen 1969.

21 Heinrich Brandler, Gewerkschaften und Jugendernziehung, in: BBZ, Nr. 139, 30. 6. 1908.

22 Vgl. Rosa Luxemburg, Rede zur Frage der Parteischule, in: Luxemburg, GW, Bd. 2, Berlin 1972, S. 254 ff.

Die Auseinandersetzungen mit den freien Gewerkschaften und dem Geschäftsführer des Bremer Arbeitersekretariats Friedrich Ebert, der 1905 nach zahlreichen Abstimmungsniederlagen auf Empfehlung von August Bebel zum Parteivorstand nach Berlin ging, gewannen in Bremen durch den Rückgriff auf die Theorien von Luxemburg und Pannekoek eine neue Qualität. In der Frage um die Einheit von Theorie und Praxis am Beispiel des Massenstreiks und der Gewerkschaften kam es zu jahrelangen Konflikten der Linken in der Sozialdemokratie mit den Funktionären in den Gewerkschaften, die jede Kooperation mit den Syndikalisten ablehnten.

Auch der von Bremen nach Chemnitz berufene Gewerkschaftssekretär Heinrich Brandler nahm Rosa Luxemburgs verschiedene Absage an jegliche Kooperation mit den Syndikalisten zum Anlass, die langjährige Zusammenarbeit mit den Bremer Linksradikalen einzustellen. 1916 wandte sich Brandler gegen seinen Mitstreiter Paul Frölich, den damaligen Redakteur der »Arbeiterpolitik« und späteren Herausgeber der Werke von Rosa Luxemburg. Dieser hatte eine Artikelserie in der »Arbeiterpolitik« zu Gewerkschaftsproblemen verfasst. Er beendete sie mit dem Appell »Schluss mit den reformistischen Gewerkschaften, sie hindern nur die Arbeiterschaft«. Anschließend teilte Brandler dem Chefredakteur Johann Knief den Verzicht auf eine weitere Mitarbeit mit: »Aber Knief hat mir dann geschrieben, so wichtig sei doch diese Sache nicht. Worauf ich ihm antwortete: ›Für Dich ist es nicht wichtig als Schulmeister, Du weißt nichts um die Bedeutung dieser Gewerkschaften auch im Krieg und nach dem Kriege‹. Und ich habe keine Zeile mehr für die ›Arbeiterpolitik‹ geschrieben«<sup>24</sup>.

#### *Die Trennung vom »Goethe-Bund« 1905*

Weil es den Bremer Linken nicht mehr allein um die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter ging, sondern auch um die Durchsetzung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, hatte die Jugend- und Bildungsfrage eine herausragende Bedeutung gewonnen. Mit der Gründung einer autonomen Bildungseinrichtung durch die 1905 vollzogene Trennung vom bürgerlichen »Goethe-Bund« und die Einstellung einer fest und gut besoldeten Lehrkraft (Anton Pannekoek) sollte die von Rosa Luxemburg geforderte Erziehung zum kritischen und selbständigen Denken und Handeln gefördert werden. Auch Otto Rühle pflegte als bekannter Theoretiker des Rätekommunismus einen engen Kontakt zu den Bremer Linken um Anton Pannekoek und Johann Knief: »Träume werden Erfüllung, Theorie und Tat. Wachenden Auges erleben auch die Pädagogen Weltgeschichte«. So Otto Rühle in seinem 1920 veröffentlichten

23 Heinrich Eildermann, Das Lied der Jugend, in: Karl Adamek, Lieder der Arbeiterbewegung, 1991, S. 146f. Dazu auch der Bruder Wilhelm Eildermann: Dokumente des Kampfes der Arbeiterjugend gegen Militarismus und Krieg, in: BzG, Heft 1, 1959, S. 125–131, Heft 2, S. 340–350; Frank Neumann, Sozialdemokratische Bildungspolitik im Wilhelminischen Deutschland. Heinrich Schulz und die Entstehung der »Mannheimer Leitsätze«, Bremen 1982.

24 Heinrich Brandler in seinen unveröffentlichten Erinnerungen von 1967, S. 3 (Archiv Wollenberg).



Schulprogramm in Anlehnung an den »Bremer Schulradikalismus« von 1905/06. Und es ist kein Zufall, dass die letzte Nummer der Arbeiterpolitik vom 8. März 1919 mit dem Rebellensong von Erich Mühsam endete.

Es waren gebildete Autodidakten und belesene Marxisten, die als »organische Intellektuelle« (Antonio Gramsci) zu einer wachsenden politischen Kultur in den Hochburgen der Arbeiterbewegung in Deutschland Anfang des 20. Jahrhunderts beitrugen. In Bremen waren es Werftarbeiter um Adolf Dannat, Willi Deisen und Josef Miller und die zwischen 1906 und 1911 aus dem Schuldienst entlassenen Lehrer um Christian Döring, Emil Sonnemann, Hermann Böse, Heinrich Eildermann, Johann Knief und Wilhelm Holzmeier. Anlass der Disziplinarverfahren war u. a. der Bremer Schulstreit um die Abschaffung des Religionsunterrichtes und das »Bebel-Telegramm« vom 21. Februar 1910 zum 70. Geburtstag von Bebel. Es lautete: »Die aus Anlass der Dienstentlassung des Genossen Lehrer Holzmeier versammelten sozialdemokratischen Lehrer Bremens entbieten dem Führer des Proletariats zu seinem 70. Geburtstag ihren herzlichen Glückwunsch und geben der Hoffnung Ausdruck, dass ihm noch ein recht langes Wirken im Dienste des Klassenkampfes beschieden sein möge.«<sup>25</sup>

Sie waren auch beteiligt an einem Schul- und Kulturstreit. Gegen die Stimme der damaligen Bremer Arbeitersekretäre Friedrich Ebert und Hermann Müller hatten sie sich 1905 mit den Redakteuren der BBZ um Heinrich Schulz und Alfred Henke nach mehrmonatigen Diskussionen über »Kunst, Wissenschaft und Klassenkampf« von der bürgerlich-philantropischen Bildungsvereinigung »Bremer Goethe-Bund« getrennt. Sie gründeten zusammen mit den linken Parteisekretären um Wilhelm Pieck und Heinrich Brandler den Bremer »Bildungsausschuss des Gewerkschaftskartells« und stellten den niederländischen Marxisten Anton Pannekoek als ersten hauptamtlichen Weiterbildungslehrer vor Ort ein. Ergänzend dazu gab es langfristige Unterrichtskurse in Bremen, unter anderem zur politischen Ökonomie und zur Geschichte der Arbeiterbewegung von Herman Duncker oder Christian Döring. Sie kamen als Lehrer der wissenschaftlichen Wanderkurse vom Zentralbildungsausschusses des Parteivorstands nach Bremen. Ein Angebot, das ab Dezember 1906 von Heinrich Schulz in Berlin geschäftsführend organisiert wurde, ab 1. Mai 1910 von Wilhelm Pieck als zweiten Geschäftsführer der Parteischule in Berlin.

Vortragszyklen, 1910 und 1912 von Rosa Luxemburg und Karl Kautsky, von Max Adler und Rudolf Hilferding oder 1919/20 von Richard Müller und Robert Dißmann (zum Räte-System und den »Aufgaben der Gewerkschaften in revolutionärer Zeit« oder von Kurt Löwenstein zu Erziehungsfragen und zum Schulkompromiss ergänzten bis 1920 das schon reichhaltige Angebot der Unterrichtskurse des Bremer Bildungsausschusses.

Von diesem Bildungsangebot profitierten in Bremen u. a. Helene Schweida, Anna und Robert Pöhlend oder der Kreis um Adolf Dannat, Wilhelm Buchholz

25 So der von Sonnemann und Holzmeier herausgegebenen Bremer »Roland«. Organ der freiheitlichen Pädagogik, März 1910; zitiert nach Wulf, Geschichte und Gesicht (wie Anm. 8), S. 503.

und den Brüdern Eildermann nachhaltig. »Bei mir war mein bester Schüler aus dem letzten Lehrgang (ein relegierter Lehrer aus Bremen)«, schrieb Rosa Luxemburg über Christian Döring am 17. November 1913 an Leo Jogiches.<sup>26</sup> Einen Jahrgang darauf besuchte Helene Schweida den Halbjahreslehrgang an der SPD-Parteischule in Berlin und lernte dort ihren späteren Mann kennen und lieben: Wilhelm Kaisen aus Hamburg, den späteren Bremer Senator vor 1933 und Bürgermeister nach 1945.<sup>27</sup>

Zum Bremer Angebot gehörten auch Theater- und Kunstseminare, die 1905 mit einer groß aufgezogenen Schillerfeier eröffnet worden waren. Der von der USPD nach 1919 als »Rat der Arbeiterbildung« umbenannte Bildungsausschuss von Partei und Gewerkschaften bot zusätzlich Symphoniekonzerte und Kammermusikabende an. Eng kooperierte der Rat für Arbeiterbildung ab Juli 1919 mit dem Bremer Schauspielhaus. »Die Arbeiterschaft wird in der kommenden Theaterspielzeit Gelegenheit haben, einen Gang durch das Drama der europäischen Kulturvölker zu machen und die Auswahl der Stücke so zu treffen, dass diese ein Abbild geben von den Kämpfen der Zeit, dass sie Wegweiser und Bausteine bilden für die zukünftige Gesellschaft«. So die Mitteilung vom späteren Gründer des Weser-Kuriers Hans Hackmack im »Bremer Volksblatt« (USPD) am 9. August 1919 unter der Titelzeile »Das Theater den Arbeitern«. 49.114 verkaufte Plätze für 47 Schauspielaufführungen umfasste das Veranstaltungsangebot noch 1921/22, ergänzt um 18 Opernvorstellungen mit rund 26.000 verkauften Plätzen. Und stets waren die Musiker des städtischen Orchesters dabei, wenn es ab dem 9. November 1919 darum ging, die Revolutionsgedenkfeiern des Rates der Arbeiterbildung im großen Saal des Casino um einen »künstlerischen Genuss zu bereichern.« Neben den jährlichen Revolutions- und Gedenkfeiern (9. November und 4. Februar) gab es »proletarische Morgenfeiern« im Schauspielhaus, u. a. zu »Kurt Eisner zum Gedenken« mit Felix Fechenbach als Redner oder zu »10 Jahre politischer Mord! Der Leidensweg des italienischen Proletariats« mit Angelica Balabanoff – ergänzt um eine Ausstellung über den italienischen Faschismus. Die Vorträge von Max Hodann über »Sexualaufklärung« stießen ebenso auf große Resonanz wie die von Max Adler über politische und soziale Demokratie. Und jeweils am ersten Sonntag im Monat liefen am Vormittag im »Decla« Filme von Eisenstein (»Sturm über Asien«, »Panzerkreuzer Potemkin«) und öffentlich umstrittene Filme wie »Im Westen nichts Neues« von Erich Maria Remarque oder Chaplins »Goldrausch«<sup>28</sup>.

26 Luxemburg, Gesammelte Briefe (wie Anm. 11), Band 4, S. 323. Zur Bildungsarbeit der Sozialdemokratie siehe zusammenfassend Dieter Fricke, Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin (DDR) 1987, Band 1, S. 661–697, Band 2, S. 1219–1226; Gerhard A. Ritter, Arbeiter, Arbeiterbewegung und soziale Ideen in Deutschland, Berlin 1996, S. 113–130.

27 Siehe hierzu Hartmut Müller, Bei Rosa Luxemburg lernten sie Nationalökonomie – Helene Schweida und Wilhelm Kaisen auf der Parteischule in Berlin 1913/14. Eine Zeitreise, in: Brem. Jb. 82, 2003, S. 205–223.

28 Siehe Jörg Wollenberg u. a. Von der Krise zum Faschismus, Bremer Arbeiterbewegung 1929–33, Frankfurt/M 1983, S. 38–59; ders., Die andere Erinnerung.



### *Zu Bremens Vorreiterrolle in der Arbeiterbildung*

Schon im wilhelminischen Deutschland hatte die Bremer Arbeiterbewegung eine Vorreiterrolle in der Bildungspolitik übernommen. Die späteren »Mehrheitssozialisten« trennten sich in Bremen mit den Gewerkschaften am 8. Dezember 1916 von der Partei. Sie gründeten eine neue Organisation. Dagegen gelang es den linken Zentristen im Sozialdemokratischen Verein Bremen um Alfred Henke – bis zur Konstituierung der USPD und der Internationalen Kommunisten Deutschlands (IKPD) in Bremen am Vorabend der Novemberrevolution 1918 – die linke politische Kultur trotz aller Kontroversen mit der Parteimehrheit in der SPD abzusichern und gleichzeitig sich als Sprachrohr der Linken auf Reichsebene um Rosa Luxemburg zu profilieren<sup>29</sup>.

Die Bremer Goethebunddebatte hatte 1905/06 zum Sieg der linken Sozialdemokraten um Heinrich Schulz, Alfred Henke und Wilhelm Pieck über den Kreis um Friedrich Ebert und den Gewerkschaften um Hermann Rhein beigetragen. Der seit 1891 in Bremen lebende Geschäftsführer des Arbeitersekretariats, Friedrich Ebert, der dem Vorstand des SDVB und der Bürgerschaft angehörte, wurde nach der Niederlage zu einem der Sekretäre in den Berliner Parteivorstand gewählt. Ein Jahr später folgte ihm der Bremer Schul- und Bildungspolitiker Heinrich Schulz als hauptamtlicher Sekretär des bei dem Parteivorstand eingerichteten Bildungsausschusses und als Leiter der Parteischnule, der 1920 als Staatssekretär auf der Reichsschulkonferenz mit dem Konzept der Einheitsschnule scheitern sollte.<sup>30</sup> Auch der seit 1896 in Bremen wohnende Wilhelm Pieck, vor seiner Wahl zum Bremer Parteisekretär auch Mitglied der Bürgerschaft und mehrfach Parteitagsdelegierter, ging, nachdem er den Lehrgang der Berliner Parteischnule bei Rosa Luxemburg erfolgreich abgeschlossen hatte, ebenfalls 1910 nach Berlin – als zweiter Sekretär des zentralen Bildungsausschusses der SPD und Sekretär der Parteischnule. Schulz und Pieck hatten mit Rosa Luxemburg und Heinrich Brandler seit längerem gegen Max Maurenbrecher und Kurt Eisner und andere der »gebildeten Genossen aus dem bürgerlichen Lager« polemisiert, die »den Massen eine Unsumme von Einzelheiten beibringen« wollen. Ihr Plädoyer für eine autonome Bildungsarbeit der Arbeiterbewegung ging von Bremen aus und gewann hier eine hohe Akzeptanz.

Der Bremer Entscheidung für Pannekoek verdankte übrigens Rosa Luxemburg ihre Einstellung als Lehrerin an der am 15. November 1906 eröffneten zentralen Parteischnule der SPD in Berlin<sup>31</sup>. Die preußische Polizei hatte zuvor die Ausländer, den Österreicher Rudolf Hilferding und den Niederländer Anton Pannekoek, mit Ausweisung bedroht, wenn sie ihre Lehrtätigkeit in Berlin fortsetzen würden. Der Parteivorstand folgte deshalb dem Vorschlag

Spurensicherung eines widerständigen Grenzgängers, Bremen 2017, S. 163–193, 259–271.

29 Karl-Ernst Moring, Die sozialdemokratische Partei (wie Anm. 20), S. 148 ff.

30 Siehe Peter Braune, Die gescheiterte Einheitsschnule. Heinrich Schulz – Parteisoldat zwischen Luxemburg und Friedrich Ebert, Berlin 2004, S. 178–194. Zu seinen Bremer Jahren S. 81–111, zur Parteischnule S. 112–140.

31 Vgl. u. a. Laschitzka (wie Anm. 3), S. 286–299.

von Karl Kautsky und August Bebel, Rosa Luxemburg ab dem 1. Oktober 1907 mit dem Lehrgang für Nationalökonomie zu betrauen<sup>32</sup>.

Bis Ende 1918 gab es kaum eine andere Stadt in Deutschland, in der die Organisationen des Marxismus eine vergleichbare starke Basis besaßen wie in Bremen. Dies war auch das Ergebnis des Aufbaues eines Vertrauensmännersystems auf den Werften und der Präsenz ihrer Funktionäre innerhalb der offiziellen Parteiorganisation der Sozialdemokratie bis 1917. Von der Spartakusgruppe um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht unterschied sich die rund 500 Mitglieder umfassende Gruppe der Bremer Linken dadurch<sup>33</sup>, dass sie das Recht auf »Vaterlandsverteidigung« in einem Krieg ablehnten, der aus ihrer Sicht ein aus den spezifisch imperialistischen Widersprüchen erwachsener Konflikt war. Deshalb wurde Karl Radeks scharfe Kritik an der Behandlung der »Vaterlandsverteidigung« in der der sog. »Junius-Broschüre« im ersten Jahrgang der »Arbeiterpolitik« in voller Länge abgedruckt, auch wenn die Bremer Linke den Verzweiflungsschrei über das Versagen der sozialistischen Internationale in ihrer Junius-Broschüre von 1916 mit Rosa Luxemburg teilte<sup>34</sup>. Außerdem verweigerten die Bremer Linken aus prinzipiellen Gründen jegliches organisatorische Zusammengehen mit der zentristischen USPD, zu dem sich die Spartakusgruppe mit Liebknecht und Luxemburg entschieden hatte. In der Bürokratie der alten Arbeiterorganisationen, vor allem in den Gewerkschaften, erkannten sie den Kern des Opportunismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Mit den Syndikalisten teilten sie die Überzeugung von der totalen Diskreditierung der Gewerkschaftsbürokratie im Ersten Weltkrieg. Deshalb plädierten sie ab August 1917 bis März 1920 als linkskommunistisches Sammelbecken der Opposition (ISD/IKPD) in der Ende 1918 mit ihrer Unterstützung in Berlin neu gegründeten KPD (Spartakus) für eine neue »gewerkschaftlich-politische Einheitsorganisation«, genauer für die notwendige Synthese des politischen und wirtschaftlichen Kampfes in den »Einheitsorganisationen«<sup>35</sup>. Auf dem Gründungsparteitag der KPD scheiterten sie mit diesem von Felix Schmidt und Karl Becker eingebrachten Antrag am Widerspruch von Rosa Luxemburg.<sup>36</sup> Dagegen gelang ihnen in der Frage der Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ein Erfolg über Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Mit 62 gegen 23 Stimmen siegten die »Rühlianern« (Otto Rühle) mit den Bremer und Hamburger Vertretern

32 Paul Frölich, Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat, Berlin 1967, S. 179 ff.

33 So die bei Peter Kuckuk, Bremen in der deutschen Revolution 1918/19, Bremen 2017, S. 34–38 angegebenen Zahlen und Einschätzungen – die Bremer Polizeidirektion bezifferte die Stärke lediglich auf »einige 80 Köpfe«.

34 »Im Fangnetz der Widersprüche«, Arbeiterpolitik, 29.7.1916, S. 45 f.; 5.8.1916, S. 53 f.; 12.8.1916, S. 60; vgl. dazu auch Lenins Kritik in: Werke, Bd. 22, S. 311 f., 323 ff.; Luxemburg, GW (wie Anm. 4), Band 4, S. 49–164.

35 Vgl. Johannes Beermann, Die Auseinandersetzungen zwischen Syndikalisten und Kommunisten in der Bremer Arbeiterbewegung, in: Arbeiterbewegung und Sozialgeschichte, Bremen 2010, Heft 23/24, S. 35–66.

36 Vgl. Hermann Weber (Hg.), Die Gründung der KPD, Berlin 1993, S. 159 f., Rosa L. dazu S. 162 ff.; siehe auch Luxemburg, GW (wie Anm. 4), Bd. 4, 1974, S. 485 ff.



der IKPD. Sie plädierten – mit Ausnahme von Johann Knief – für die Nichtbeteiligung. Knief war deshalb von der Bremer IKP nicht zum Delegierten auf dem Gründungskongress der KPD gewählt worden.<sup>37</sup>

Dazu schrieb Rosa Luxemburg an Clara Zetkin am 11. Januar 1919: »Vergiss nicht, dass die Spartakisten zu einem großen Teil eine frische Generation sind, frei von den verblödenden Traditionen der ›alten bewährten‹ Partei – und das muss mit Licht- und Schattenseiten genommen werden. Wir haben alle einstimmig beschlossen, den Casus nicht zur Kabinettsfrage zu machen und nicht tragisch zu nehmen«.<sup>38</sup>

Nach der Zerschlagung der Bremer Räterepublik am 4. Februar 1919 findet man die Anhänger dieser Gruppe aus Bremen ebenso in den Leitungsgremien der KPD (Brandler, Becker, Frölich, Felix Schmidt, Dannat, Deisen, die Brüder Eildermann) wie in der KAPD (Plättner, Miller, Onasch, Bäumer, Becker, Schneider),<sup>39</sup> später in der KPO (Brandler, Frölich, Deisen, Ehlers, Schmidt, Vogeler)<sup>40</sup>. Einige gingen zeitweilig zu den Syndikalisten oder organisierten sich gewerkschaftlich in der AAUD (Josef Miller, Franz Martin, Meseke, Dantz, Osmers). Andere gingen über die USPD zurück zur SPD (Henke, Faust, Hagedorn, Frasunkiewicz).

Vereint findet man sie nach 1918 nur noch bis 1922 auf den nationalen Gewerkschaftskongressen einiger Einzelgewerkschaften wie dem DMV mit dem Bremer DMV-Vorsitzenden Josef Miller als damaliges Mitglied der AAUD.

Was sie zeitlebens einte, blieb trotz aller Differenzen der Respekt und die Achtung gegenüber Rosa Luxemburg. Bezeichnend dafür ist, dass Alfred Faust (USPD) als Volkskommissar für Presse und Propaganda des Rates der Volksbeauftragten der Bremer Räterepublik seinen Posten am 17. Januar 1919 niederlegte. Er hatte versäumt, einen Artikel in der von den Rätorganen zugelassenen konservativen »Weser- Zeitung« zu zensieren, der die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht begrüßt hatte<sup>41</sup>.

37 Vgl. dazu Otto-Ernst Schüddekopf, Karl Radek in Berlin, in: Archiv für Sozialgeschichte, 1962, S. 135. Radek hatte Knief in Berlin im Dezember 1918 unter massiven Druck überzeugt, für die Wahl zur Nationalversammlung einzutreten.

38 Rosa Luxemburg, Briefe, Bd. 5, Berlin 1984, S. 426f.

39 Vgl. u. a. Peter Kuckuk, Syndikalisten und Kommunistische Arbeiterpartei in Bremen in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, in: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit, Nr. 14, 1996, S. 15–66.

40 Vgl. Karl Hermann Tjaden, Struktur und Funktion der »KPD-Opposition« (KPO), Meisenheim 1964.

41 Vgl. hierzu ein handschriftliches Schreiben von Alfred Faust im Archiv des Verfassers. Fausts letzte »Amtstätigkeit« war ein Aufruf »Heraus zum Sympathiestreik!« für die Fraktion der USPD des Arbeiterrats in der BBZ vom 16.1.1919.

## Quellenanhang

### 1 Brief von Rosa Luxemburg an Alfred Henke vom 15. 11. 1912

Südende 15. XI. 12

Werther Genosse Henke!

Ihr Brief vom 8. d. [M.], in dem Sie mich auffordern, in der »Bremer Bürger-Zeitung« gegen Kautsky zu polemisieren, hat mich nicht wenig verwundet. Sie spielen darauf an, dass ich Ihnen vor einem Jahr, als Sie fragten, ob ich Ihnen noch böß wäre, geantwortet habe. Sie seien ein großes Kind. Damals handelte es sich um einen taktisch verfehlten und taktlosen Artikel, den Sie angeblich zu meiner »Verteidigung« veröffentlicht hatten, also um einen persönlichen Tott, den Sie mir angetan hatten. Für persönliche Kränkungen habe ich sehr geringe Empfindlichkeit und sehr kurzes Gedächtnis. Jetzt handelt es sich um etwas ganz anderes. Ihr Blatt hat seit Monaten nicht mich persönlich, sondern die polnische Sozialdemokratie in unerhörter Weise beschimpft — eine Partei, zu der ich gehöre, für die ich arbeite und an deren Gründung und Leitung ich nach Maßgabe der Kräfte teilgenommen habe. Sie haben diese Partei und ihre Instanzen beschimpft — ohne die geringste Kenntnis der Verhältnisse. bloß eines Individuums wegen und bloß unter den Einflüsterungen dieses Individuums. Sie haben, der Sie als ein Pfeiler des »Radikalismus« in Deutschland gelten wollen, leitende polnische Genossen in Ihrem Blatte beschimpft, die ihren Radikalismus noch anders als Sie, nämlich zwischen Gefängnis, Zuchthaus und ständigem Hungern, seit Jahrzehnten betätigen, vor denen also ein Mann wie Sie guttun würde, respektvoll den Hut zu ziehen. Sie haben Ihr Blatt in der persönlichen Sache eines Individuums im Voraus, ohne jede objektive Prüfung der Sache und Untersuchung der Verhältnisse, so festgelegt, wie ein Redakteur, der sein Blatt ernst nimmt, es niemals tun würde. Sie haben in derselben persönlichen Sache auch die Bremer Mitgliedschaft in einer Weise öffentlich engagiert, wie es ein ernster Politiker mit seiner Parteiorganisation niemals tun dürfte. Sie haben das Ansehen des Bremer Blattes und der Bremer Organisation aufs schwerste geschädigt, und das alles, um ein Individuum zu retten, das für Sie offenbar zum Inbegriff des Radikalismus geworden ist. Ich nenne das keine ernste radikale Politik, sondern Cliquenwirtschaft, die dem Radikalismus wesensfremd ist. Endlich haben Sie durch die provokatorische Wiederaufnahme desselben Individuums in den Redaktionsstab der »Bremer Bürger-Zeitung« ohne jede Untersuchung seiner Angelegenheit gezeigt, dass Sie sich selbst, Ihr Blatt und die Bremer Organisation nicht ernst nehmen und dass Sie Ihre »Untersuchungskommission« selbst für eine Farce halten. Und noch eines! Sie führen als Radikaler das Wort »Masse« und die »Selbstbestimmung der Masse« oft im Munde. Dabei setzen Sie Ihre Radek-Wirtschaft im Blatte autokratisch durch, obwohl Sie sehr wohl wissen, dass die Masse der Genossen in Bremen diese Wirtschaft peinlich empfindet. Solange solche Zustände in der »Bremer Bürger-Zeitung« herrschen, kann von meiner Mitarbeiterschaft an diesem Blatte keine Rede sein.



2 Schreiben von Bürgermeister Wilhelm Kaisen am 9. Juli 1964  
zum Brief von Rosa Luxemburg an Alfred Henke vom 15. 11. 1912.

Bürgermeister Wilhelm Kaisen erhielt im Juli 1964 von dem Redakteur und Buchhändler Gustav Schmidt-Küster aus Hannover den bis dahin nicht zugänglichen und von Henke angeblich verleugneten Brief von Rosa Luxemburg als Kopie zugestellt – aus dem Nachlass des Bremer Werftarbeiters Adolf Dannat, Mitgründer der Bremer Arbeiterpolitik 1916. Dieser Nachlass wurde 1984 von Dannats Tochter Lu Dannat-Kundel dem Autor dieses Aufsatzes übereignet. Kaisen selbst dankt in dem Brief vom 9. Juli 1964 Schmidt-Köster für die Zusendung des Schreibens von Rosa Luxemburg an Henke. Der ausführliche Brief Kaisens, der dessen Position zu Luxemburg, Radek, Henke, der Novemberrevolution und dem Linksradikalismus verdeutlicht, wird hier im Wortlaut wiedergegeben.

Der Präsident des Senats

Bremen, den 9. Juli 1964

Herrn Gustav Schmidt-Küster  
Hannover

Lieber Freund!

Das war für mich eine große Überraschung! Jetzt nach mehr als 50 Jahren die Abschrift eines Briefes von Rosa Luxemburg an Alfred Henke zu erhalten, der damals trotz aller Bemühungen im Wortlaut nicht zu erhalten war, denn Henke hat diesen Brief lange abgestritten und bei der Debatte über Radeks Rolle in Bremen nicht zugegeben, daß gegen ihn von Rosa Luxemburg, die ihn genau kannte, schwere Beschuldigungen vorgebracht wurden. Die Radek-Debatte auf dem damaligen Parteitag hat dann manches enthüllt, was leider zu wenig von den »radikalen« Genossen von einst beherzigt wurde.

Radek hat zwar die deutsche Mitgliedschaft in der SPD irgendwo erworben, in der Untersuchungskommission der Bremer wurde aber festgestellt, daß Radek sich von dem Zahlen von Beiträgen gedrückt hat. Er führte das große Wort von der »revolutionären Aktion«, aber er war faktisch kein Mitglied der SPD, weil er keine Marke geklebt hatte.

Der Brief, dessen Abschrift ich von Dir erhielt, weckt daher heute in mir manche Erinnerung an die damalige Zeit. Ich erlebte die Bremer Radek-Periode zwar nicht direkt, sondern von Hamburg aus. Nur mit Alfred Henke habe ich 1919, als ich nach Bremen kam, noch manche Klinge gekreuzt. Er war, wie Rosa Luxemburg richtig bemerkte, zwar »ein großes Kind«, aber er war politisch gefährlich, weil er im buchstäblichen Sinne der Steigbügelhalter der Kommunisten war. Ohne seine demagogischen Reden hätte Spartakus 1919 nicht in Bremen 4 Wochen lang seine Diktatur ausüben können. Die harte Liquidierung (sic) dieses Unternehmens hat Henke politisch nicht überlebt; er wich aus nach Berlin und wurde dort Bezirksoberrbürgermeister von Reinickendorf.

Radeks zwiespältige Rolle in den Revolutionstagen von 1919 ist hinlänglich bekannt. Er gehörte zu dem Kreis von Personen, die sich in solchen Zeitläufen immer an die Rockschöße unserer Partei hängen, die es rechtzeitig abzuschütteln gilt. Rosa Luxemburg war eine Revolutionärin; sie wurde das Opfer ihrer Überzeugung. Auch aus diesem Briefe geht klar hervor, daß sie genau unterschied, zwischen Maulradikalismus und echter revolutionärer Gesinnung. Sie war gegen die Autokratie Lenins in der Partei aus denselben Gründen, mit denen sie sich gegen Henke wandte. Sie übersah dabei, daß sich mit der Demokratie in der Partei keine Diktatur der Partei im Staat verträgt, und sie irrte sich auch in der Beurteilung der Verhältnisse und der Menschen, die sich damals nach dem so lange entbehrten Frieden sehnten und nicht nach dem Bürgerkrieg für revolutionäre kommunistische Wirtschaftsideen[en].

Heute – 50 Jahre später – gehört all' das, was uns damals stark bewegte, der Geschichte an. Unsere Partei hat inzwischen ein anderes Gesicht erhalten. Bei ihrer 100-Jahrfeier wurde vieles von dem, was sie an inneren Kämpfen hinter sich hat, kaum einmal erwähnt. Aber das, was damals in unseren Reihen zwischen den Anhängern der Revolution und der Evolution ausgekämpft wurde, bewegt heute die ganze Welt. Heute ist der russische Kommunismus dabei, wieder in den Kapitalismus umzuschlagen. Heute ist der internationale Kommunismus in der 3. Internationale zum Träger eines neuen Nationalismus und Imperialismus geworden, und vielleicht wird sich in absehbarer Zeit in Peking eine farbige 4. Internationale gründen, und damit wird auch dem Rassenproblem das Tor geöffnet.

Es kehrt also bei den revolutionären Kommunisten heute in irgend einer Form alles wieder, was sie bei ihren Antipoden bekämpft haben. Keiner denkt an die Millionen Opfer, die am Wegrand liegengelassen oder umgekommen sind. Fürwahr ein Kapitel, wie wir es uns düsterer vor 50 Jahren nicht ausmalen konnten.

Und die Lehre? Wird der Sozialismus zum Dogma erhoben, dann bestätigt sich auch in dieser Ideologie die alte geschichtliche Erfahrung, daß sie ebenso zur Barbarei führt, wie es bei der christlichen, liberalen oder nationalen Idee, wenn diese zum Dogma erstarrte und dieses mit brutaler Gewalt durchgesetzt worden ist, der Fall war. Immer war das Ende des Extremen die Barbarei, und in ihr versank das verlockende Bild der humanitären Ideologie, von der man geschwärmt hatte. Die Gesetze des Lebens selbst korrigieren immer wieder, was Menschenwitz und Menschswahn sich anmaßen, an ihrer Stelle zu tun. Diese Korrektur trifft auch das kommunistische Dogma. Zum Teil sind die Träger dieses Dogmas schon selbst dabei, sich zu korrigieren. Die Auseinandersetzungen zwischen Chruschtschow und Mao tse Tung über den richtigen Weg sind schon die Vorboten dazu. Diese Auseinandersetzungen beruhen im Grunde genommen auf den gleichen Ursachen, wie die vor 50 Jahren in unseren Reihen zwischen dem rechten und linken Flügel unserer Partei begannen. Wer hat nun recht behalten? Ich bin der Meinung, daß im Verlaufe der Entwicklung in diesen 50 Jahren die Prinzipien des demokratischen Sozialismus sich als die tragenden Prinzipien einer Arbeiterbewegung erwiesen haben, die im heutigen



industriellen Zeitalter eine politische, gesellschaftliche und sozial notwendige Funktion erfüllen will.

Doch es wurde schon wieder ein Leitartikel. Ich wollte dir nur danken für diese kleine Kostbarkeit, mit der Du mich beglückt hast.

Viele herzliche Grüße

Dein  
gez. Kaisen